

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 5: Wie liberal ist die Schweiz?

Artikel: Betreute Freiheit
Autor: Häsler, Alfred A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162857>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Betreute Freiheit

Zum Beispiel Boldern

Die Heimstätte Boldern ob Männedorf ist im Laufe der Jahre zu einem Ort der Begegnung, des sachlichen Gesprächs geworden. (Auch sachliche Gespräche können leidenschaftlich und engagiert geführt werden.) Hier treffen sich Unternehmer und Gewerkschafter, Liberale und Marxisten, Jesuiten und Zwinglianer, hier fochten Adolf Muschg und James Schwarzenbach miteinander, etablierten Musterknaben und sektiererischen Heilsbringern wird hier mit immer gleichbleibender Freundlichkeit Gastrecht geboten. Im Sinne – wie mir scheint – christlichen Welt- und Menschenverständnisses. Christus pflegte Umgang mit den Verachteten und Ausgestossenen, den Sündern, Zöllnern und Dirnen, er schätzte die verlorenen Söhne mehr als die braven, und den ihn mit Vorwürfen überhäufenden Pharisäern und Schriftgelehrten rief er bekanntlich zu: «Wer von euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein.» Ich will offen lassen, wen man auf Boldern als Sünder und wen als Gerechten bezeichnen soll. Je nach Standort wird es einmal dieser, das andere Mal der andere sein. Wichtig scheint mir, dass auf Boldern sich verschiedene Stimmen artikulieren können, alle Stimmen, die etwas vorzutragen haben, das zumindest gehört werden sollte. Aber statt dass wir allesamt mit Stolz auf solche Begegnungsstätten hinweisen – es gibt noch andere, Lenzburg zum Beispiel, oder Schloss Wartensee, Gwatt am Thunersee usw. –, statt dass wir solche Orte der Auseinandersetzung als für eine Demokratie selbstverständlich und notwendig betrachten, gerät Boldern in offenbar zunehmendem Masse unter Beschuss, wird eines «gefährlichen Linkskurses» bezichtigt, weil es «neuerdings Feuer und Flamme für die Einsitznahme der Gewerkschaftsbonzen in den Verwaltungsräten unserer Grossfirmen» sei. Das stimmt zwar nicht, aber selbst wenn auf Boldern die Mitbestimmung erörtert worden und sogar ein Mitglied des Boldern-Teams für eine solche Mitbestimmung eingetreten wäre – qui bono? Was soll es? Man kann diese Forderung richtig oder falsch, zweckmässig oder unrealistisch, zeitgemäss oder utopisch finden. Aber es ist eine demokratische Forderung, erhoben von demokratischen Organisationen, eine Forderung, die gerade von kommunistischen Staaten *nicht* erfüllt worden ist und nicht erfüllt werden kann.

Boldern wird angegriffen ausgerechnet im Namen der Freiheit. Was für

eine Freiheit ist denn da gemeint? Die Freiheit, die mir alles und dem andern möglichst wenig zubilligt?

Der Kirchenrat des Kantons Zürich stellt sich zwar hinter die Boldern-Leitung. Aber er muss ihr doch zu bedenken geben, «dass er immer wieder Zuschriften von Pfarrern und Gemeindegliedern erhält, in denen Bedenken gegen eine kirchlich und politisch immer einseitiger werdende Aktivität von Boldern geäußert werden». Selbst bei der Begründung von Kirchengemeinden werde dieses Argument angeführt. Die Landeskirche werde damit für die Aktivität Bolderns direkt verantwortlich gemacht. Die Kritik gegen Boldern richte sich immer auch gegen die Landeskirche. Vorbehalte und Misstrauen gegenüber Boldern sei da und dort in zürcherischen Kirchengemeinden entstanden oder gewachsen. Und der Kirchenrat ist der Meinung, dass das Boldern-Team dieser Situation vermehrt Rechnung tragen sollte. Das führe nicht zu einem Profilverlust, wohl aber zu einer vergrößerten Wirkungsmöglichkeit.

Das heisst doch wohl im Klartext: Bitte, ihr Leute auf Boldern, wieder etwas leiser, etwas unverbindlicher, möglichst wenig Anstoss erregen, damit ja keine Kirchen-Christen kopfscheu gemacht werden!

Warum so vorsichtig? Was für Belehrungen hätte wohl Christus einzustecken, falls er die Chance hätte, Boldern leiten zu dürfen? Er hat doch nicht deswegen die Leute, die oben an den Tischen sitzen und sich gerne Herr nennen lassen, attackiert, um Profil zu gewinnen, und nicht deswegen ist er schliesslich ans Kreuz gegangen, sondern weil er eine andere Wertewelt besass als die Massgebenden seiner Zeit: Er sprach nicht nur von Liebe, er lebte sie. Das ist allemal ein gefährliches Unternehmen, weil es nach christlichem Gebot bekanntlich kein Verdienst ist, den zu lieben, der mich liebt, wohl aber meinen Feind.

Was hätte der Kirchenrat sich vergeblich, wenn er statt seiner Ermahnung zum Bravsein etwa folgendes erklärt hätte: Boldern ist ein Ort der Begegnung und des Gesprächs. Ein Ort, an dem völlig entgegengesetzte Meinungen ausgetragen werden sollen und ausgetragen werden können. Ein Ort, an dem jeder Andersdenkende seine Meinung völlig frei und ohne Furcht soll äussern können, wenn es nur seine Meinung ist. Ein Ort, an dem Freiheit vor allem als Freiheit für den andern verstanden und verwirklicht wird und nicht nur Freiheit für Gleich- oder fast Gleichgesinnte. Die einzelnen Mitglieder des Kirchenrates hängen verschiedenen politischen und theologischen Richtungen an. Sie sind keineswegs immer gleicher Meinung. Sie sind keineswegs mit allem einverstanden, was auf Boldern gesagt und vertreten wird. Sie beanspruchen für sich das Recht, solchen Meinungen auf Boldern oder wo immer es sei, klar und deutlich entgegenzutreten. Aber mit gleicher Entschiedenheit verteidigt der Kirchenrat das gleiche

Recht all jener, die mit ihm nicht einverstanden sind. Boldern soll ein Ort werden und sein, an dem die Freiheit der Meinung nicht eingeschränkt, sondern erweitert und geübt werden soll.

Eine solche oder eine ähnliche Stellungnahme hätte das Bekenntnis des Kirchenrats zu den Zielen Bolderns glaubwürdiger gemacht. So aber ist es, wenigstens zum Teil, entwertet worden.

Zum Beispiel das Fernsehen

Die Auseinandersetzung um unser Fernsehen ist etwas abgeebbt. Aber sie ist noch nicht zu Ende. Sie wird und kann jederzeit wieder aufflammen. Das könnte ein Zeichen lebendiger Teilnahme an Programm und Wirkung dieses Massenmediums sein, dessen Einfluss ständig wächst und heute schon mit dem Einfluss der Familie, der Schule und der Kirche verglichen wird. Man könnte sich denken, dass massgebende Politiker zu einer Zeit, da die Jugendkriminalität besorgniserregend zunimmt, sich etwa die Frage stellten, ob die hintergründige, subtile, «harmlose», grobschlächtige und offenbar zu unserer abendlichen Unterhaltung gehörende Verherrlichung gewalttätigen Verhaltens in Wildwestfilmen, in den nie abreissenden Kriminalserien, in der unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung sich grösster Beliebtheit erfreuenden Menschenjagd-Sendung «Aktenzeichen XY ungelöst...», ob also diese Volksbelustigungen nicht vielleicht doch brutales Verhalten vor allem auch bei Kindern und Jugendlichen förderten. Verharmlosungen verlieren langsam ihre Glaubwürdigkeit, nachdem vor allem in den USA verschiedene voneinander unabhängige Untersuchungen ergeben haben – und weiter ergeben –, dass gewalttätiges Verhalten in Filmen und im täglichen Leben nicht etwa das in jedem Menschen mehr oder weniger vorhandene aggressive Potential abbauen, sondern es im Gegenteil animieren und manifest machen.

Sich mit dieser Problematik zu beschäftigen, den Bundesrat einzuladen, Untersuchungen über die Wirkung brutalisierender Filme am Fernsehen zu fördern oder selbst zu veranlassen, das wäre gewiss eine Motion oder ein Postulat wert.

Der Alarm, den besorgte Nationalräte in der Presse und im Parlament schlugen, ging in anderer Richtung. Im Fernsehen seien Kräfte am Werk, die «dieses Massenmedium regelrecht in ein Oppositions- beziehungsweise Revolutionsinstrument umzufunktionieren versuchen». Im Pressedienst der Schweizerischen Volkspartei war zu lesen: «Die Sensationsgier des Fernsehens ist nachgerade offensichtlich. Und es ist ebenso offensichtlich, dass unser Fernsehen überall dort dabei ist, wo radikale, extremistische Kräfte am Werk sind.» Auf Minuten und Sekunden genau wurde ausgerechnet,

dass zum Beispiel über den Vortrag der Frau des amerikanischen Black-Panther-Führers Eldridge Cleaver, Kathleen Cleaver, in Zürich, 1 Minute und 46 Sekunden berichtet, dass den progressiven Autoren Manfred Schwarz und Adolf Muschg 6 beziehungsweise 9 Minuten und 50 Sekunden eingeräumt, und über «die von den Neolinken organisierte Aktion um die Häuser an der Zürcher Venedigstrasse» acht Minuten lang rapportiert worden sei. Es wurden alle Sendungen angeführt, in denen die böse Absicht, das Fernsehen in ein Revolutionsinstrument umzufunktionieren, deutlich geworden sein soll. Programmkonzeptionelle Definitionen, wie «zeitkritisch und engagiert; stärker profiliert; noch stärkere Polarisierung; konfrontieren; Filmdokumente zu relevanten Problemen; kritisch analysieren; zeitkritisches Frage- und Antwortspiel; nicht ausgewogen, sondern angriffig; eher kritisch» usw. sollten beweisen, «auf welchen Weg man sich ganz offiziell in der Programmgestaltung begeben hat: auf den Weg zum Engagement, das immer persönlich ist, auf den Weg der Beschlagnahme des Bildschirms durch Personen».

Einverstanden: Sende- und Gesprächsleiter, Moderatoren, Präsentatoren und Reporter haben am Fernsehen nicht persönliche politische Auffassungen zu vertreten. Äusserste Zurückhaltung aller am Programm beteiligten Fernsehmitarbeiter, die nicht ausdrücklich zu Kommentaren aufgerufen sind, ist eine Voraussetzung wirklich engagierter Sendungen. Ideologisch programmierte und fixierte Leute, die unfähig sind, das ganze breitgefächerte Spektrum politischen, kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und religiösen Lebens abzuschreiten, sind in einem nicht dem Wettbewerb unterliegenden, vom Staat monopolisierten Fernsehen fehl am Platze. Solche Kritik ist, wo sie berechtigt ist, notwendig.

Aber ist es noch berechtigte Kritik, wenn man gleich von beabsichtigter Revolutionierung spricht, wenn man, ausgesprochen oder unausgesprochen, überall Subversion, Unterminierung des Staates und der Demokratie wittert und damit einer Atmosphäre der Angst und der Denunziation Vorschub leistet? Was ist an demokratischer Willensbildung erreicht, wenn begabte Leute aus lauter Vorsicht nur noch unverfängliche Themen und Probleme angehen, sofern sie es nicht vorziehen, das Fernsehen überhaupt zu verlassen? Welchen Nutzen hat unsere Demokratie davon, wenn die politisch interessierten Schweizerinnen und Schweizer ein lebhaftes, die Kontroversen nicht scheuendes deutsches Fernsehen einschalten, weil die politischen Sendungen am Schweizer Tv vor lauter Ausgewogenheit so langweilig sind, dass man bei ihnen nach wenigen Minuten einschläft?

Warum scheinen wir Schweizer so wenig fähig, das Fernsehen als einen Kontrapunkt zu unserem staats- und parteioffiziellen politischen Credo zu verstehen und zu wünschen? Natürlich ist es für uns als älteste Demo-

kraten der Welt nicht zumutbar, in dieser Beziehung vom Fernsehen etwa der Bundesrepublik zu lernen. Die da drüben ennet dem Rhein haben bekanntlich noch lange einen Nachholbedarf an Demokratie zu decken. Wir nicht.

Und England? Das englische Fernsehen hat gegenüber Pressionsversuchen sowohl der Regierung wie von anderer Seite ein bewundernswertes Stehvermögen bewiesen und Leute zu Worte kommen lassen, die Anhänger der Gewalt und erklärte Feinde des englischen Staates sind. England ist dabei nicht untergegangen. Könnten wir nicht da vielleicht doch etwas lernen? Oder ist auch das eben etwas ganz anderes? Ist auch hier Freiheit nur das, was wir meinen und keinesfalls das, was der andere darunter versteht?

Zum Beispiel Ernst Eggimann

Ernst Eggimann ist Sekundarlehrer und Schriftsteller in Langnau im Emmental. Ein sich selbst und seine Umwelt befragender Mann. Ein Beunruhigter und Unruhiger. Ein von Zweifeln Umtriebener. Ein Wahrheitssucher. Und also ein wirklich religiöser Zeitgenosse. Also kein Zufriedener, Satter. Gott, Jesus, die Bibel und also der Mensch in seiner Zeit und die Zeit, in der dieser Mensch lebt, beschäftigen ihn. In seinen Erzählungen und Gedichten drückt er aus, was ihn bewegt und bedrängt. Kirchgemeinden holten ihn zu Laienpredigten, Vorträgen, Aussprachen. Die evangelisch-reformierte Kirche Luzern ersuchte ihn, das Rektorat für den Religionsunterricht in den Schulen zu übernehmen. Er sagte zu. Die zuständige Wahlkommission schlug ihn mit allen gegen eine oder zwei Stimmen für dieses Amt vor.

Da begann das Kesseltreiben gegen Ernst Eggimann. Statt dass die Gegner sich auf die offene Auseinandersetzung gefreut und mit echten Argumenten ein fruchtbares Gespräch angeregt und bestritten hätten, bezichtigten sie den Berner Pädagogen und Dichter des Linksextremismus. Gegen solche Verteufelung – anders kann man die grobe Verdächtigung nicht bezeichnen – fühlte Eggimann sich wehrlos. Er trat von einer Aufgabe, für die er im besten Sinne des Wortes prädestiniert gewesen wäre, zurück, noch bevor er sie angetreten hatte. Er sei, erklärte er, zu wenig Politiker, um seine Ellbogen zu gebrauchen und wohl auch zu wenig Christ, um auch die andere Backe für den zweiten Streich hinzuhalten.

Gefahren allüberall

Das sind drei Beispiele aus jüngster Zeit. Viele andere könnten beigebracht werden. Wie schnell ist die Schweiz doch in Gefahr, wenn an irgendeiner

Universität ein «linker» Professor lehrt oder lehren soll. Wie sorgfältig wird jeweils der politische Lebenslauf eines Primar-, Sekundar- oder Mittelschullehrers abgeleuchtet, bevor er als lupenrein zur Wahl vorgeschlagen wird. Wie schnell kann es einem Lehrer geschehen, dass er von seiner Stelle weggewählt wird, nicht etwa wegen mangelnder pädagogischer Qualifikation oder beruflicher Tüchtigkeit, nicht etwa weil Kinder und Eltern ihn nicht mögen, und auch nicht, weil man ihm politische Propaganda in der Schule nachsagen könnte, sondern weil man bei ihm politische Literatur einer kommunistischen Grossmacht gefunden hat, in die zu wallfahrten heute sozusagen zur Pflichtübung renommierter Politiker geworden ist. Wie schnell gerät der Bundesrat ins Kreuzfeuer parlamentarischer Kritik, wenn er einem Filmmacher einen Preis zuerkennt, dessen Werk nicht auf jedem Quadratcentimeter belichteten Zelluloidstreifens dem Normalmass helvetischer Tugendhaftigkeit entspricht. Wie schnell sind wir bereit, verfassungsmässige Freiheitsrechte ausser Kraft zu setzen und Versammlungen politischer Sektierergrüppchen im geheimen abzuhorchen, als ob wirklich bei solchen Gelegenheiten der Sturz des Staates besprochen und organisiert würde. Wie schnell geraten integre Bürger, die es wagen, einen Dienstverweigerer vor Gericht zu verteidigen, in den Verdacht der Beihilfe zur Unterminierung der Armee. Wie schnell ist man bereit, Offizieren, die zwar ihren Dienst pflichtgemäss leisten, aber vom Recht Gebrauch machen, auch in der Uniform eine eigene und vielleicht von der gängigen abweichende Meinung nicht nur zu haben, sondern auch zu äussern, den Zugang zu sogenannten militärischen Geheimnissen zu verwehren, damit ihre Zuverlässigkeit als Staatsbürger in Zweifel ziehend. Wie schnell wännen wir die Armee in Gefahr, wenn ein Dienstverweigerer und Nationalrat in die Militärkommission möchte.

Nun geht es ganz gewiss nicht darum, die Erkenntnisse und Bekenntnisse linker und ganz linker Reformer und Revolutionäre kritiklos zu akzeptieren oder gar nachzubeten. Es geht nicht darum, totalitäre Tendenzen und Absichten extremistischer Ideologien und Ideologen zu übersehen und zu bagatellisieren. Es kann nicht darum gehen, die Augen zu verschliessen vor den angestrebten oder realisierten Manipulationen und unehrlichen Taktiken von Leuten, die zerstörerische Zielsetzungen mit idealistischen Mäntelchen verdecken. Das gibt es, solches wird versucht, ebenso wie es politische Kriminalität und kriminelle Politik gibt. Sich dagegen zu wehren, mit allen Mitteln des Rechtsstaates, ist eine unbestreitbare Pflicht jeder Demokratie.

Aber es geht um das Klima, in dem freiheitliche Politik sich vollziehen kann. Selbstverständlich stehen wir im Vergleich zu autoritären oder gar totalitären Staaten sehr gut da. Und wenn Menschen aus diesen Staaten in

die Schweiz kommen und die Schweiz als Paradies empfinden, so empfinden sie – zumindest am Anfang – durchaus richtig. Wer der Hölle totalitärer Regime mit ihren Konzentrationslagern, Folterungen, Bespitzelungen, Einschüchterungen, mit ihrem Denunziantentum entronnen ist, wird jede grössere Freiheit als Paradies im Vergleich zu dem, was er verlassen hat, empfinden.

Unser Massstab

Aber: Kann das für uns Massstab unseres eigenen Verhaltens sein? Müssen wir unsere Wirklichkeit nicht an der Wirklichkeit anderer demokratischer und freiheitlicher Staaten messen und schliesslich auch an dem, was bei uns in der Verfassung steht und was in unserem Staat als Möglichkeit angelegt ist? Kann eine Demokratie, die sich ja nun wirklich über lange Zeit in entscheidenden Phasen und Bereichen bewährt hat und also ein taugliches und stabiles politisches Instrument geworden ist, sich mit dem zufrieden geben, was sie besitzt, oder muss sie nicht vielmehr immer nach dem streben, was sein könnte?

Wenn ein Volk sich einmal für die demokratische und freiheitliche Staatsform entschieden und damit im ganzen gute Erfahrungen gemacht hat, dann ist dieses Volk und sind die Beauftragten dieses Volkes in Parlament, Regierung und Verwaltung eben zur Demokratie und Freiheit verpflichtet. Demokratie und Freiheit sind keine sanften Ruhebetten, auf denen sich sorgenlos schlafen lässt.

Demokratie ist Bewegung, ist immer wieder Anfang und fast nie Ende. Demokratie ist Chance und Aufgabe, menschlich, politisch, wirtschaftlich, kulturell, wissenschaftlich, religiös mehr zu werden als wir sind. Demokratie ist die Akzeptierung der Tatsache, dass Leben, individuelles und gesellschaftliches Leben, immer auch Auseinandersetzung, Konfrontation, Konflikt und nur selten problemlose Harmonie und ungetrübter Friede ist. Demokratie ist die Verpflichtung, diese Auseinandersetzung zu führen, die Konfrontation auszuhalten, den Konflikt durchzustehen, dialogisch und nicht diktatorisch, partnerschaftlich und nicht feindlich. Demokratie kennt keine Endlösungen, sie ist skeptisch gegen alle Tausendjährigen Reiche. Sie wird zwar der Utopie ihr Recht lassen, aber sie wird die Utopisten immer fragen müssen, wie, mit welchen Mitteln sie die Utopie verwirklichen wollen. Demokratie und Freiheit sind nicht Zukunftsträume, sie müssen sich jetzt bewähren und verwirklichen. Sie sind Methode und Weg unserer heutigen Gesellschaft. Grosse Ziele zu proklamieren ist leicht. Sie demokratisch und freiheitlich zu erreichen aber unendlich schwer.

Es ist leicht, Freiheiten einzuschränken, aus der frei sich entfaltenden

Demokratie eine gelenkte Demokratie zu machen. Es braucht dazu keine Staatsstrieche, keine Militärputsche. Es genügt eine Doktrin, eine Ideologie der Demokratie, die sich als allein richtige versteht und durchsetzt. Da kann Macht sich anhäufen, die nicht weniger wirkungsvoll Freiheit rationiert als ein offen autoritäres Regime.

Gewiss, das ist bei uns nicht so. Aber Tendenzen, dass es so sei, sind vorhanden, und zuzeiten und in gewissen Bereichen sind sie dominierend. Hans Tschäni zum Beispiel spricht von der Diktatur des Patriotismus.

Im Staat aber, der sich zur Demokratie und zur Freiheit verpflichtet hat, darf nicht die eine Hand wieder nehmen, was die andere zuvor gegeben hat, dürfen – mit andern Worten – nicht Gesetze und politische Moralistik aufheben, was die Verfassung an Freiheiten garantiert. Freiheit ist in einem solchen Staat nicht eine Gnade, die dieser Staat gewähren, aber auch verweigern kann, wie wir es mit dem Asylrecht getan haben. Vielmehr hat der Staat dafür zu sorgen, dass Volk und Bürger alle jene Freiheiten uneingeschränkt realisieren können, die ihnen verfassungsmässig garantiert sind. Der Staat und seine Organe haben nicht in erster Linie ängstlich jede freiheitliche Regung daraufhin abzutasten, ob sie vielleicht kritisch oder sogar gegnerisch sei und sie dann, je nachdem, zu dämpfen oder zu ersticken. Die Freiheit ist eine zu wichtige Sache, als dass wir sie Bundes- und Staatsanwälten überlassen dürften.

Freiheit ist nur dann Freiheit, wenn ich sie dem andern in mindestens gleichem Masse und ohne Vorbehalte zubillige wie mir selbst. Verteidigung und Erweiterung der Freiheit, heisst Verteidigung und Erweiterung der Freiheit des andern.

Freiheit und Macht

Gewiss, die Freiheit hat Grenzen. Aber vorläufig haben wir diese notwendigen Grenzen noch nicht erreicht. Vorderhand geht unser Bestreben noch allzuoft darauf aus, diese Grenzen enger zu ziehen. Ruhe und Ordnung sind uns wichtiger als Auseinandersetzung und Austragen von Konflikten im redlichen Dialog. Im freiheitlichen und offenen Staat sollten wir nicht nur jenen argwöhnisch auf die Finger schauen, die Macht anstreben und Gewalt nicht ausschliessen, sondern ebenso sehr jenen, die bereits Macht haben und die bereit sind, sie eher zu schnell als zu zögernd anzuwenden. Kein Mensch ist so heilig und unanfechtbar, dass Macht ihm nicht immer auch Versuchung ist und dass er dieser Versuchung nicht gelegentlich erliegen könnte. Machtmenschen sind potentiell freiheitsfeindlich, auch im demokratischen Staat. Die Tiefenpsychologie lehrt uns – und die Erfahrung

bestätigt es –, dass Machtmenschen immer dort zu finden sind, wo Macht ausgeübt werden kann. Begründen kann man Machtausübung jederzeit, auch ungerechte Macht. Auch in der Demokratie.

Es ist gefährlich, wenn Menschen in Machtpositionen entscheiden dürfen, was wir lesen, sehen, hören, glauben und politisch wollen dürfen und was nicht. Es ist gefährlich und freiheitsfeindlich auch dann, wenn solcher Machtgebrauch in kleinen und gesetzlich vielleicht noch zulässigen Dosen geschieht. Damit wird die Erziehung des Einzelnen zur Freiheit in eigener Verantwortung eingeschränkt, der demokratische Prozess der Willensbildung über Gut und Böse im gesellschaftlichen und individuellen Leben behindert. Wenn ein Bundes- oder Staatsanwalt mündigen Bürgern die Mühe des eigenen Denkens und der Suche nach einem richtigen Urteil abnimmt, kommt er vielleicht ihrem Trägheitsbedürfnis entgegen, einer freiheitlich-humanen Gesellschaft aber leistet er einen schlechten Dienst.

Freiheit in Verantwortung müssen wir alle lernen. Wir lernen sie am fruchtbarsten und ertragreichsten in der Erfahrung und in der lebendigen Auseinandersetzung, nicht indem wir gläubig und vertrauensvoll als Freiheit akzeptieren, was uns als solche präsentiert wird.

Wie soll das bessere Argument sich durchsetzen, wenn ihm erst gar nicht die Möglichkeit dazu geboten wird? Warum begegnen wir den Anarchisten, Maoisten, Castristen, Stalinisten und wie sie alle heissen, immer zuerst mit Misstrauen und Verdächtigungen, statt mit der Aufforderung, sich dem geistigen Kampf zu stellen? Weil wir Angst haben vor ihrer Redegewandtheit, ihrer Demagogie, ihren raffinierten Ablenkungsmanövern? Weil sie immer nur Missstände bei uns und nie Missstände und Verbrechen in den Machtbereichen der von ihnen angebeteten Regime angehen?

Indem wir sie verdächtigen, verteufeln oder verschweigen, geben wir ihrer Anschwärmung der Demokratie einen Anschein von Recht, für die Freiheit und Demokratie aber haben wir meist nichts erreicht. Wir schaffen damit ein Klima der Vorsicht, der Ängstlichkeit, in dem dann auch Menschen schweigen und nichts riskieren, deren kritische Meinung wir dringend brauchten. Wir haben es dann mit Bürgern zu tun, die ihre Faust vornehmlich im Sack machen und Politik höchstens am Biertisch betreiben, die den Abstimmungen und Wahlen fernbleiben oder zu den Extremisten laufen, allerdings weniger zu den linken als zu den rechten. Anstelle der kritischen Auseinandersetzung mit unruhigen, beunruhigten Bürgern beherrschen dann Demagogie und Verzerrungen das Feld. Wir überlassen jenen die Initiative, die Freiheit heischen und Diktatur wollen, und machen Leute zu Märtyrern und Helden, denen wir das Recht nicht zugestehen mögen, auch einem Irrtum anzuhängen. Solches Verhalten ist nicht nur der Freiheit hinderlich, es ist auch dumm. Märtyrer gleich welcher Observanz

entwickeln eine Sprengkraft, die sie in der offenen Auseinandersetzung nie erreichen würden. Totalitäre Ideologen fürchten die Freiheit mit Recht mehr als die Illegalität. Illegalität und Verfolgung fördern totalitäre Organisationsformen und vermitteln Sektierern ein Selbstbewusstsein, das in schroffem Gegensatz zu ihrer Bedeutung steht.

War es nicht eine enthüllende Klage marxistischer und kritischer amerikanischer Schriftsteller, als sie ihre Kollegen in den kommunistischen Staaten offen darum beneideten, dass sie in die Gefängnisse wandern «durften» und ihr Widerstand so einen Sinn bekam?

Kultivierte «Feindbehandlung»

Aber nicht nur die brutale, gewalttätige Unterdrückung schränkt die Freiheit ein, auch die subtile, kaum fassbare, leise, kultivierte Freiheitsbeschränkung, die mehr im Klima als im sichtbaren Zuschlagen besteht, in der stillen Ächtung sich auswirkt, bleibt eben eine Beschränkung der Freiheit, und vielleicht eine nicht leichter zu ertragende, weil man kaum gegen sie anrennen kann, weil sie zurückweicht, sich nicht stellt.

So wie es zur Freiheit im demokratischen Staat gehört, dass sie den Bürger auch in Ruhe lässt, ihn nicht zu «staatsbürgerlich wertvollem Verhalten» drängt, so müsste es zu ihr gehören, dass man den Andersdenkenden zunächst einmal ernst nimmt und ihn nicht von vorneherein kurzerhand als Subversiven, Sektierer, Querulanten, Spinner oder Idealisten abtut. Diese Methode der «Feindbehandlung» ist bei uns recht hoch entwickelt. Man verleiht zwar unseren kritischen Schriftstellern landauf und landab Preise, ehrt sie öffentlich, überhäuft sie mit schönen Worten – aber ernst nimmt man ihre politischen Willensäußerungen nicht. Man partizipiert an der Ehre und dem Ruhm, den sie unserem Land einbringen – aber mitreden, mitbestimmen in der Politik unseres Landes, das sollen sie lieber bleiben lassen, denn davon verstehen sie nichts. Wir dulden ihre Kapriolen, solange sie sich auf Bücherschreiben beschränken. Wir gewähren ihnen viel Narrenfreiheit, solange sie bei ihrem Métier bleiben und nicht den Anspruch erheben, es solle etwas in unserem politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen Leben wesentlich verändert werden. Den Grössten werden wir dereinst Denkmäler errichten. Wir werden Strassen nach ihnen benennen und einige Texte von ihnen in den Schulbüchern mitnehmen. Wir werden ihre Namen kennen, ohne zu wissen, wer sie gewesen sind und was sie gewollt haben. So hielten wir es mit Pestalozzi, Gotthelf, Keller, Dunant. Carl Albert Loosli ist noch zu wenig lange tot, als dass wir ihm seine Ungebärdigkeit zu Lebzeiten schon ver-

zeihen könnten. Adrien Turel, der uns einiges hinterlassen hat, ist immer ein Fremder im eigenen Land geblieben. Weil er die Schweiz liebte wie selten einer, hat er sie auch erkannt und in ihren Tugenden und Untugenden – die immer die Tugenden und Untugenden der lebenden Menschen sind – dargestellt. In seinen Angriffen klang sein Weinen mit, in seinen Anklagen, die er belegen konnte, war der Schmerz alttestamentlicher Propheten zu hören, die bekanntlich im eigenen Land nichts galten – zum Schaden des Landes, nicht des Propheten.

Die Aufgabe, Freiheit nicht nur zu betreuen, wie eine Mutter ihr unmündiges Kind betreut, das sie nie von der Hand auf die Strasse lässt, aus lauter Angst, es könnte überfahren werden, sondern Freiheit zu wagen, zu üben, zu erfahren, zu praktizieren mit einem grossen Vertrauen in den Menschen, diese Aufgabe ist noch nicht geleistet. Sie wird, vermutlich, eine dauernde Aufgabe sein.

MARTIN MEYER

Die liberale Schweiz: zum Beispiel Karl Schmid

Von der Frage ausgehend, wie «liberal» unser Land sei, machen wir uns auf die Suche nach Schweizern, die auf die Freiheit verpflichtet sind. Da begegnen wir Karl Schmid, der Person, dem Werk. Mit unserem Beitrag wollen wir versuchen, aus der neuesten Arbeit, die Karl Schmid veröffentlicht hat¹, herauszuholen, was für das Thema «Liberalismus» von Interesse ist. Um Farbe zu bekennen, schicken wir voraus, dass für unser Freiheitsverständnis ein Begriff der Freiheit im Sinne von Alexis de Tocqueville (1805–1859) wesentlich ist.

Differenzierung versus Teilbesessenheit

Fassen wir ein heisses Eisen an. «Nicht Landesverteidigung ist die oberste Aufgabe», so formuliert Karl Schmid, «sondern *Selbstbehauptung der Nation*. Vielleicht ist Landesverteidigung so einmal gar nicht mehr nötig; Selbstbehauptung aber wird immer unsere Aufgabe sein, sogar im ewigen Frieden.» Wir stellen uns vor, dass mancher Unterzeichner der Petition für eine starke Armee an einer solchen Äusserung Anstoss nimmt. Und